

Am 8. März ist internationaler Frauentag!

100 Jahre Frauenkämpfe für ein gutes Leben, um Arbeit, faire Löhne und Zeit



Ja, damals ... !

Am 8. März begehen Menschen weltweit den 100. Internationalen Frauentag als Tag der Bilanz des bisher Erreichten und als Anlass für den Blick nach vorn.

In den letzten 100 Jahren haben Frauen hinsichtlich ihrer formalen Gleichberechtigung, aber auch hinsichtlich der praktischen Gleichstellung der Geschlechter auf vielen Gebieten klare Fortschritte erreicht. Doch das bisher Erreichte ist nicht das Erreichbare: Frauen müssen sie auch heute noch um ihre demokratischen Rechte, für Frieden, für gleichen Lohn bei gleichwertiger Arbeit und um ihre Teilhabe an der Gesellschaft kämpfen - auch in der Bundesrepublik.

Deshalb war auch das 100. Jahr des Internationalen Frauentages geprägt von Frauenkämpfen für ein gutes Leben, für gute Arbeit zu fairen Löhnen und für ausreichend Zeit für Familie, Bildung und Hobbys. Die überwiegend weiblichen Angestellten bei Lidl und Schlecker haben für menschenwürdige Arbeitsbedingungen, für Mitbestimmungsrechte und gegen Unternehmenswillkür gestreikt. Studentinnen waren bereits das zweite Jahr in Folge zu Hunderttausenden für gute Bildung für alle auf der Straße. Die Protestaktionen der Hebammen, denen es

um die Bewahrung des ältesten Berufsstandes ging, bewegten Öffentlichkeit und Parlamente in Bund und Ländern.

Frauen haben sich überall gegen die unsozialen Folgen der Kürzungspakete gewehrt, damit Frauenhäuser und Beratungsstellen ihrer wichtigen Arbeit weiterhin nachgehen können. Auch bei den Aktionen gegen Atomkraft und gegen Stuttgart 21 waren so viele Frauen aller Altersgruppen aktiv wie lange nicht.

Und ganz aktuell: am Sturz des ägyptischen Diktators Mubarak haben die Frauen einen ganz entscheidenden Anteil. So widersetzten sich die Textilarbeiterinnen im Nildelta dem Regime seit dem Jahr 2008 und streikten regelmäßig für höhere Löhne. Frauen initiierten die Massenproteste in Kairo. Verkäuferinnen, Näherinnen, Steuerbeamtinnen und Ärztinnen nahmen täglich an diesen Demonstrationen teil. Ihr gemeinsames Ziel - soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit.

Den Kampf der Frauen in Kairo und der Verkäuferinnen bei Lidl eint bei aller Unterschiedlichkeit der Interessen ein Ziel: sie wollen ein anderes Leben in einer gerechten und solidarischen Gesellschaft. Frauen wollen nicht, dass es Männern genauso schlecht ergeht wie vielen von ihnen. Sie wollen auch nicht, dass

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Ausgabe von „Info DIE LINKE. SH“ ist speziell für den Internationalen Frauentag und die besonderen Belange von Frauen geschrieben. Sie wird allen weiblichen Mitgliedern unseres Landesverbandes per e-mail oder schriftlich zugeschickt, zur Kenntnis aber auch den männlichen Genossen überlassen.

Es ist eine bunte und hoffentlich interessante Zusammenstellung von Berichten, Kommentaren und Stellungnahmen aus vielen Zeitschriften und Newslettern der LINKEN wie auch der mit ihr befreundeter alternativen und gewerkschaftlichen „Szene“. Sie führt uns von der globalen Ebene bis vor unsere eigene Haustür.

- Edda Lechner für die Redaktion

einfach nur die Rollen getauscht werden und sie wie die Männer rennen, rasen, rackern und nach der Arbeit müde ins Bett fallen, ohne Muße für Freunde, Familie und sich selbst. Das ist keine Perspektive, aus der Frauen (genauso wenig wie Männer) die Kraft zum Handeln schöpfen.

Wenn es Frauen gelingt, ihre Träume und die Ziele der vielfältigen Proteste zu einer Vorstellung von einer friedlichen, solidarischen und menschlichen Gesellschaft zu verknüpfen, für die sie dann gemeinsam streiten, dann kann dass der Beginn einer neuen Wirklichkeit werden. Ganz im Sinne von Peter Weiss, der einmal sagte "Wenn wir uns nicht selbst befreien, bleibt es für uns ohne Folgen"

- Cornelia Möhring,
Frauenpolitische Sprecherin der
LINKEN Fraktion im Deutschen Bundestag

In dieser Ausgabe:

- Seite 2: International - Weltweit
- Seite 3-5: Geschlechtergerechtigkeit
- Seite 6-7: Lohn - Arbeit - Familie
- Seite 8-9: Krankheit - Haushalt - Pflege
- Seite 10: Abschiebung - Gewalt
- Seite 11: Gegen Militarisierung
- Seite 12: Adressen-Termine Aktionen

International - Weltweit

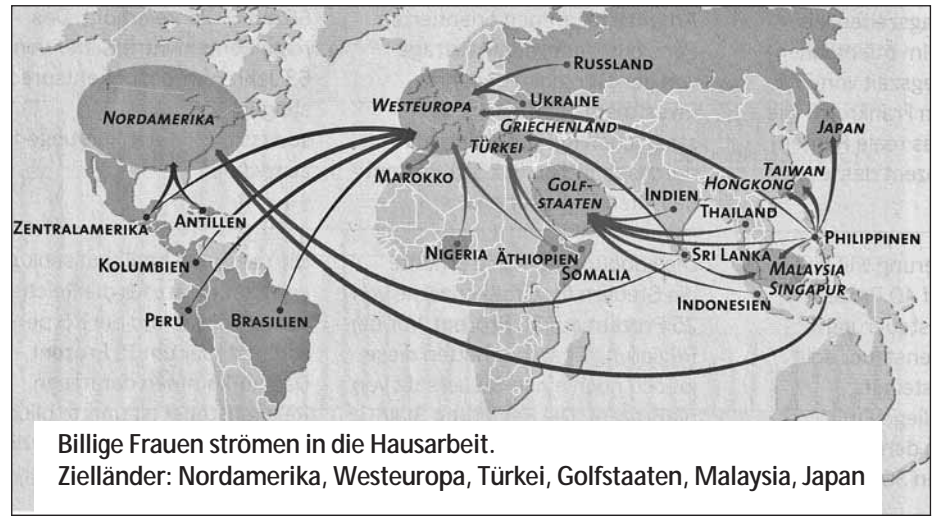
Frauenrechte: Rückschritte im Fortschritt

Nutzt die Globalisierung den Frauen? Die Antwort muss differenziert ausfallen. Einerseits verbessert sich ihre allgemeine Lage, trotz der Ausbeutung auch in den Betrieben der transnationalen Konzerne. Andererseits sind sie in der Regel als Erste von Privatisierung und Sozialabbau betroffen. Und noch immer sind Armut und Analphabetentum weibliche Attribute.

In den letzten zwanzig Jahren ist der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen überall gestiegen. Zudem verdienen Frauen heute mehr als in der Vergangenheit. In den Ländern des Nordens setzte dieser Trend bereits in den 1960er-Jahren ein, seit den 1990er-Jahren ist hier der Prozentsatz der berufstätigen Frauen im nichtlandwirtschaftlichen Sektor von 42 auf 44 Prozent gestiegen. Eine ähnliche Entwicklung, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung, ist im Süden der Welt zu beobachten.

Fortschritte bei der **Beschulung und Alphabetisierung** von Mädchen und Frauen tragen in der Dritten Welt dazu bei, dass sich die Lücke zu den Männern langsam schließt. In Verbindung mit zunehmender Urbanisierung führt dies dazu, dass die Frauen später heiraten und häufiger Verhütungsmittel verwenden, so dass die Geburtenzahlen sinken. Immer mehr Frauen entscheiden selbst, wie ihr Leben aussehen soll, und lassen ihre Zukunft nicht mehr von der Familie bestimmen.

Dabei ist dieser Fortschritt nicht Folge eines spontanen gesellschaftlichen Wandels, sondern er wurde erkämpft. Auch ist die Entwicklung noch nicht abgeschlossen und kann durchaus wieder rückgängig gemacht werden. Zudem stellt sich die Entwicklung in den einzelnen Regionen höchst unterschiedlich dar - in Süd-asien und im Afrika südlich der Sahara sieht es viel schlechter aus. Unterschiede gibt es auch innerhalb einzelner Länder, zwischen **Stadt und Land** sowie zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen. Die abseits der Zentren in Armut lebenden Frauen gehen nach wie vor nicht zur Schule, sind Analphabetinnen und haben keinen Zugang zu Verhütungsmitteln



ten oder medizinischer Versorgung. Drei Fünftel der 115 Millionen Kinder auf der Welt, die nicht zur Schule gehen, sind Mädchen. Und zwei Drittel der 876 Millionen Erwachsenen, die weder lesen noch schreiben können, sind Frauen.

Solche Rückschritte, die auf unterschiedliche Weise dem allgemeinen Trend zuwiderlaufen, sind in erster Linie eine Folge der **Wirtschaftspolitik**. In den Industriestaaten des Westens wie des Ostens führen der Sozialabbau und die Privatisierung von immer mehr öffentlichen Leistungen dazu, dass für Frauen die Last der Arbeit in der Familie - etwa Kinderbetreuung oder Altenpflege - ständig zunimmt. So verschärft die Rentenreform in Frankreich die Verzerrungen, unter denen sie bereits in den Jahren ihrer Erwerbstätigkeit zu leiden hatten: niedrigere Löhne und Gehälter, Abbruch der Berufstätigkeit oder Karriereknick, weil sie sich um die Kinder kümmern. Mehr als 80 Prozent der armen Beschäftigten sind Frauen, eine Folge von mehr Teilzeitbeschäftigung und geringeren Löhnen.

Die zunehmende **Armut** in Osteuropa lässt immer mehr Frauen zu Opfern von Menschenhandel und Prostitution werden. Kindermädchen und Hausangestellte, die im Ausland arbeiten, werden oft geschlagen und sexuell missbraucht.

Im Süden sind es die **Strukturanpassungsprogramme**, die häufig drastische Auswirkungen auf die Beschulung und die Gesundheit haben. Wenn Schule und **medizinische Versorgung** Geld kosten,

sind zuerst die Mädchen und Frauen zum Verzicht gezwungen. Damit wird den Frauen ein Leben in sicheren Verhältnissen erschwert, zumal sie den größten Anteil der Arbeitskräfte im informellen Sektor stellen. Das gilt vor allem in Ländern, die landwirtschaftliche Erzeugnisse in er-

ster Linie für den Export und nicht für den Eigenverbrauch produzieren.

Die **Unterdrückung** der Frauen ist strukturell bedingt und hat eine lange Geschichte. Globalisierung und Liberalisierung können daher nicht als die Wurzel allen Übels betrachtet werden. Die Zunahme der wahrgenommenen »Ehrenmorde« und von Zwangsheiraten, geschlechtsspezifische Sondergesetze über den persönlichen Status in Ländern wie Afghanistan, Pakistan, Algerien und in Zentralasien haben andere Ursachen. Überdies bestehen komplexe Beziehungen zwischen der patriarchalen und der kapitalistischen Gesellschaft. Denn auch in Europa und den USA ist eine Rückkehr zu den männerdominierten und religiösen Traditionen und eine erneute Bekräftigung von Sitte und Moral zu beobachten.

Zugleich entsteht in den Betrieben der multinationalen Konzerne in Asien, Afrika und Lateinamerika ein **neuer Typ von Arbeiterinnen**. Nicht wenige Frauen arbeiten zuweilen unter Bedingungen, die an das Europa des 19. Jahrhunderts erinnern. Doch der Zugang zu eigener Arbeit und eigenem Einkommen destabilisiert die soziale Ordnung der Kasten und Religionen und mit ihr die Herrschaft des Patriarchats. Die Abschottung in der Familie wird aufgehoben - selbst wenn das transnationale Kapital diese Entwicklung zur gnadenlosen Ausbeutung nutzt.

Geschlechtergerechtigkeit

Geschlechtergerechtigkeit bei der LINKEN - Alibifunktion oder Grundlage des politischen Wandels?

1. Konzept zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit

Die Teilnehmerinnen der 3. Bundesfrauenkonferenz der LINKEN haben ein "Konzept zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit" diskutiert. Es formuliert Ziele und Maßnahmen für die nächsten zwei bis fünf Jahre, die dazu geeignet sind, dass DIE LINKE eine Partei wird, in der Frauen wirksam und selbstbestimmt Politik machen.

1. Mehr weibliche Mitglieder

Wir wollen mehr weibliche Mitglieder und mehr Wählerinnen gewinnen. Wir wollen die Bedingungen für das Engagement von Frauen verbessern. Und wir wollen attraktiv werden für Sympathisantinnen und Wählerinnen.

Das Konzept beschreibt verschiedene Maßnahmen, um die Partei DIE LINKE zu einem attraktiven Ort für Frauen zu machen. Dies betrifft die Politik- und Programmentwicklung, die politische Ansprache und die Kampagnenfähigkeit, die Wahlstrategien und strategische Schwerpunktsetzungen gleichermaßen

Ein wichtiges Mittel zur Durchsetzung unserer Zielstellungen ist die Einhaltung der satzungsgemäßen Quote. Wir wollen den Druck durch die Einrichtung von Gleichstellungsbeauftragten und -ausschüssen erhöhen. (s. auch Resolution des 3. Bundesfrauenkongresses vom 10. Oktober 2010)

2. Situation im eigenen Land Schleswig-Holstein

In Schleswig-Holstein gibt es keine gewachsene Frauenstruktur in der Partei. Zwar ist der Landesvorstand ebenso quotiert besetzt wie die Landtagsfraktion und wir stellen je eine Abgeordnete und einen Abgeordneten im Deutschen Bundestag. Doch auf der kommunalen Ebene und in den Vorständen der Kreisverbände zeigt sich ein anderes Bild.

Der Frauenanteil in den Kreisverbänden liegt zwischen 17 Prozent im Kreis Rendsburg-Eckernförde und 60 Prozent im Kreisverband Helgoland (Durchschnitt 26,99 Prozent; Stand 31.12.2010) Nur

fünf Kreisvorstände sind quotiert besetzt (Dithmarschen, Ostholstein, Neumünster, Kiel und Stormarn). In einem Kreisvorstand (Segeberg) gibt es gar keine Frau.

In Diskussionen - so auch auf der letzten Landesvorstandssitzung - wird häufig so argumentiert:

- Die Kreise können die Quote nicht einhalten, da sich keine Frauen finden, die ein Amt übernehmen wollen.
- Die aktiven Frauen sind häufig mit vielen Ämtern belastet und können nicht noch mehr leisten.
- "Quotenfrauen", die sich zur Wahl stellen, da sich sonst keine Frau bewirbt, leisten dann keine oder schlechte Arbeit.

Durch diese Argumentation wird von Frauen die Verantwortung sowohl für die Einhaltung der Quote als auch für die Geschlechtergerechtigkeit innerhalb der Partei zugeschoben. Doch diese Argumentation greift zu kurz.

3. Maßnahmen zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit

Das Konzept zur "Herstellung der Geschlechtergerechtigkeit bei der LINKEN" zeigt Maßnahmen auf, die auch in Schleswig-Holstein umgesetzt werden müssen, um die Partei attraktiver für Frauen (und Männer) zu machen:

- Im Landesvorstand wird eine Frauen- bzw. Gleichstellungsbeauftragte benannt oder diese wird vom Parteitag gewählt. Ihre Funktion, ihre Rechte und ihre Aufgaben müssen in der Landessatzung verankert werden.
- Im Landesverband wird bis 2012 ein "Konzept zur Herstellung der Geschlechtergerechtigkeit" speziell für den Landesverband Schleswig-Holstein erarbeitet.
- Es wird bereits 2011 eine Landesfrauenkonferenz stattfinden.
- Es wird eine Frauenstruktur im Landesverband aufgebaut.
- Es werden spezielle Bildungsprogramme für Frauen entwickelt und angeboten.
- 2011 werden im Landesverband und in den Kreisverbänden Aktionen zum

Internationalen Frauentag, Girls Day und Equal Pay Day durchgeführt.

- Es werden Maßnahmen verabschiedet, die zum einen den KV's eine Quotierung ermöglichen, andererseits aber auch Maßnahmen gegen KV's beschließen, die die Quotierung nicht einhalten.
- Ortsverbände werden nur dort zugelassen, wo die Quotierung eingehalten werden kann.
- Die Mandatsprüfungskommission auf Landesparteitagen überprüft den Frauenanteil.
- Bei den Kommunalwahlen 2013 werden sowohl Listen- als auch Direktmandate so lange wie möglich quotiert vergeben.
- Bei größeren Veranstaltungen ist grundsätzlich eine Kinderbetreuung anzubieten.
- Auf allen Ebenen werden quotierte Redelisten eingeführt.
- Auf den Internetseiten des Landesverbandes und der Kreisverbände sowie in allen Printmedien wird auf eine geschlechtergerechte Ansprache geachtet.

Doch diese Maßnahmen werden nicht ausreichen, solange es uns nicht gelingt, innerhalb der Partei auch einen fairen und solidarischen Umgang miteinander zu finden. Persönliche Auseinandersetzungen und Anfeindungen, Hinterzimmerklientelpolitik und unproduktive Mammutsitzungen sind nicht nur unattraktiv für Frauen sondern auch für Männer. Ein solidarischer und offenes Miteinander, Wertschätzung des/der Einzelnen und konstruktive, ergebnisorientierte politische Arbeit machen die Partei nicht nur für Frauen sondern auch für Männer attraktiver.

4. Linke Themen sind Frauenthemen

Wenn wir attraktiv für Frauen innerhalb und außerhalb der Partei werden wollen, müssen wir weiblich Themen besetzen. Dies bedeutet nicht Kinder, Küche und Kirche, sondern Themen wie Ökologie, Frieden und soziale Gerechtigkeit. Diese Themen sind die Kernthemen der LINKEN, doch sie werden von uns häufig

nur aus einem männlichen Blickwinkel betrachtet.

Armut in Deutschland ist weiblich. Frauen sind von Hartz IV besonders betroffen. Altersarmut in Deutschland ist weiblich. Prekäre Beschäftigung betrifft besonders Frauen. Die Löhne in den typischen Frauenberufen sind besonders niedrig (auch und gerade die Tariflöhne) Forderungen nach einem Mindestlohn und der Abschaffung der Leiharbeit müssen besonders unter dem Gesichtspunkt der Situationen der betroffenen Frauen aufgearbeitet werden.

Die sozialen Kürzungen, dass hat das Kürzungsprogramm der schwarz-gelben Landesregierung eindrücklich gezeigt, sind oft Kürzungen zu Lasten von Frauen. Die desolate Situation der Kommunal Finanzen und die damit einhergehenden Kürzungen treffen wiederum besonders Frauen und Kinder. Hier gibt es viele Möglichkeiten LINKE, Politik für soziale Gerechtigkeit mit einem Einsatz für (nur scheinbar) weibliche Themen zu verknüpfen. Wir haben viele Chancen, eine attraktive Partei für Frauen zu werden. Doch wir müssen sie gemeinsam nutzen.

5. Programmwurf feministisch überarbeiten

Auch in der Programmdebatte muss ein feministischer Ansatz deutlich werden, damit die Partei nach außen für Frauen attraktiver wird. Dazu ist eine grundlegende Überarbeitung des Programmwurfes aus feministischer Perspektive notwendig.

a) Geschichte: Wir fordern, dass die Geschichte von Frauen und ihrer Kämpfe in ihrer Unterschiedlichkeit berücksichtigt und gewürdigt wird. Dazu gehört die Geschichte der Frauenbewegungen als eine wesentliche Wurzel der LINKEN.

b) Geschlechterverhältnisse in Analyse und Vision: Eine Analyse der patriarchalen Geschlechterverhältnisse fehlt in der im Programmwurf formulierten Analyse der Gesellschaft nahezu komplett. Neben patriarchaler Unterdrückung fehlt jeder Begriff von rassistischen und heteronormativen Geschlechterverhältnissen.

c) Arbeitsbegriff: Der dem Programmwurf zugrunde liegende Arbeitsbegriff ist aus einer männerdominierten Perspektive verfasst. Wir wollen weg von der Fixierung unserer Programmatik auf Lohn- und Erwerbsarbeit, wenden uns gegen die Hierarchisierung unterschiedlicher Arbeiten. Wir fordern eine Neubewertung und Umverteilung von Arbeit.

DIE LINKE.SH

„Ganz oben“ in den Leitungsgremien ist DIE LINKE in Schleswig-Holstein gut quotiert.

So wird z.B. die Fraktion DIE LINKE im Schleswig-Holsteinischen Landtag zu 100 % von zwei Frauen geleitet: von Ranka Prante aus Itzehoe und Antje Jansen aus Lübeck.

Aber auf der „unteren Ebene, in den Kreisvorständen sieht es leider schlecht aus.



Kreisvorstände DIE LINKE SH			
	Männer	Frauen	Frauen %
KV Dithmarschen	3	3	50
KV Helgoland	3	2	40
KV Kiel	4	4	50
KV Lauenburg	4	3	43
KV Lübeck	5	3	38
KV NMS	3	3	50
KV Nordfriesland	4	2	33
KV Ostholstein	4	4	50
KV Pinneberg	3	1	25
KV Plön	3	2	40
KV Rendsburg-Eckernförde	4	1	20
KV Schleswig/Flensburg	7	2	22
KV Segeberg	5	0	0
KV Steinburg	4	3	43
KV Stormarn	4	4	50
Stand Januar 2011			Verantwortlich: Harry Schmidt

wertung und Umverteilung von Arbeit. Zu einem Konzept der guten Arbeit der LINKEN kann keine Arbeit gehören, die auf der Zerstörung von natürlichen Ressourcen und menschlichem Leben basiert.

d) Produktivkräfte und Widersprüche: Produktivkraftentwicklung und Widersprüche werden nicht formuliert. Der Programmwurf beschreibt weder die mit der Erosion des Alleinernermodells und der Auflösung der traditionellen Kleinfamilie verbundenen sozialen Probleme ausreichend, noch werden die darin enthaltenen Chancen programmatisch entwickelt. (siehe Resolution des 3. Bundesfrauenkongresses, 10.10.10).

6. Fazit

Trotz ihrer Wurzeln ist die LINKE insgesamt und besonders in den Westländern wie Schleswig-Holstein eine Männerpartei. Dies bedeutet nicht nur eine Dominanz der Männer in der Mitgliederstruktur und in Parteiämtern. Dies bedeutet eine typische Männerkultur in Veranstaltungen und Programmatik. Dies bedeutet eine überwiegend männliche Sicht auf Themen und gesellschaftliche Verhältnisse.

Doch LINKE Politik, die glaubwürdig sein will, muss feministisch sein.

- Silke Mahrt, Gleichstellungsbeauftragte für DIE LINKE.SH

Frauenquote von 50 % in Vorständen und Aufsichtsräte

Kiel. DIE LINKE im Schleswig-Holsteinischen Landtag fordert eine sanktionsbewehrte Frauenquote von 50 Prozent in allen Vorständen und Aufsichtsräten von Unternehmen. Frauen seien im Wissenschaftsbetrieb noch immer unterrepräsentiert, so der LINKE Abgeordnete Björn Thoroe. Nicht einmal jede sechste Professur sei von Frauen besetzt.

„Herr de Jager (CDU) scheint nicht daran interessiert zu sein, den Anteil der Frauen in Führungspositionen generell zu erhöhen. Es gibt keine ausgearbeiteten Konzepte der Landesregierung, um dieses Problem zu beheben. Dabei geht es nicht nur darum, die Vorstände und Aufsichtsräte umzustrukturieren. Es darf zukünftig keine geschlechterdeterminierten Einkommensunterschiede geben und wir brauchen transparente Auswahlverfahren und Konzepte zur Qualifizierung von Führungskräften. Nicht zuletzt muss der Wissenschaftsbetrieb familienfreundlicher werden.“

Auch Ranka Prante, Fraktionsvorsitzende und frauen- und gleichstellungspolitische Sprecherin der LINKEN klagt an: „Es ist mittelalterlich: Noch immer wird nur ein Bruchteil der führenden Positionen von Frauen bekleidet, die zudem im Schnitt weniger verdienen als Männer in der gleichen Position.“ Dabei hätten Selbstverpflichtungen und Appelle - wie es De Jager vorschlägt - in der Vergangenheit nicht dazu geführt, das zu ändern.

- Aus Presseerklärungen der Fraktion DIE LINKE im Landtag, 1./22.2.2011 Ranka Prante und Björn Thoroe

Anfang November traf ich Marion Gurlitt, hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Bad Oldesloe und eine der Landessprecherinnen aller hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten in Schleswig-Holstein

Ich erfuhr, wie vielfältig die Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten sind. Sie reichen von Personalentwicklung und Personalauswahlverfahren in der Verwaltung, über Beratung von Frauen und Männern zum Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Hilfe bei häuslicher Gewalt, Alleinerziehenden-Angebote, Arbeitslosengeld II, bis hin zu Themen wie Ehegattensplitting und Entgeltgleichheit und vieles mehr. Die Gleichstellung



Mehr Richterinnen nach Karlsruhe!

Nach acht Jahren mit neun männlichen Besetzungen zogen dem 11.11.2010 zwei Frauen in Karlsruhe ein. Der Deutsche Juristinnenbund (djb) gratulierte seinem Mitglied Prof. Dr. Susanne Baer für den 1. Senat und Frau Monika Hermanns für den 2. Senat zu ihrer Wahl, ebenso Frauenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Cornelia Möhring. Sie vermerkte allerdings kritisch dazu: „Wenn die Beteiligung von Frauen im selben „rasanten“ Tempo weitergeht, können wir frühestens in 32 Jahren mit einer geschlechtergerechten Besetzung des höchsten deutschen Gerichts rechnen. Wir - DIE LINKE - wollen das nicht irgendwann, sondern innerhalb der nächsten zehn Jahre!“

- Newsletter C. Möhring, 11.11.10

Auf dem Foto sind zwar schon zwei Frauen im Gremium des 2. Senats erkennbar, aber statt der neuen Richterin Frau Hermanns (ab 16.11.2011) posiert hier noch - an ihrer Stelle - die ausgeschiedene Frau Dr. Osterloh (3. von links).

Gleichstellung in Schleswig-Holstein

Im Gespräch: Cornelia Möhring und Marion Gurlitt



von Frauen und Männern ist noch lange nicht erreicht...

„Nicht zuletzt wurde deshalb in Schleswig-Holstein neben anderen Maßnahmen den Kommunen die Verpflichtung auferlegt, kommunale Gleichstellungsbeauftragte zu bestellen, ab 15.000 EinwohnerInnen hauptamtlich. Versuche von kommunaler Seite, diese Verpflichtung als nicht verfassungskonform zu verhindern, scheiterten. Im Gegenteil, das Verfassungsgericht bestätigte die Zulässigkeit einer solchen Verpflichtung und stellte klar, dass diese keinen unzulässigen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung darstellen“, so Gurlitt.

Im Gespräch wurde deutlich: Bundes- und Landesregierung sparen zu Lasten

von Frauen. Kürzungen bei Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen sowie die Streichung der Beratungsstellen Frau & Beruf ab 2014 in Schleswig-Holstein zerstören eine gewachsene Infrastruktur. Dabei ist das Ende noch nicht erreicht. Die kommunalen Finanzen werden sich aufgrund der Gesetzgebung des Bundes verschlechtern. Und auch der Bund spart bei den Frauen wie die neuen Hartz IV Regelsätze, die gerade Alleinerziehende weiter belasten, beweisen.

Frauen müssen sich stärker vernetzen, um gemeinsam gegen diese ungerechte Politik vorzugehen. Nur gemeinsam können wir etwas erreichen.

- Newsletter Cornelia Möhring, 12/10, leicht gekürzt

Lohn - Arbeit - Familie

*Ein Interview von Heike Langenberg,
ver.di PUBLIK mit Ute Klammer,
Prorektorin für Diversity Management
an der Universität Duisburg-Essen,*

1. Februar 2011

Können Frauen die Familie ernähren ?

Eine Frage der Innovationsfähigkeit - Gleichstellung in Deutschland

In Deutschland werden Frauen zwar zu guter Bildung ermutigt, dann wird aber alles dafür getan, damit sie nicht am Arbeitsmarkt aktiv werden

ver.di publik: *Immer mehr Frauen werden zu Familienernährerinnen. Welche Gründe hat das?*

Ute Klammer: Auf der einen Seite haben wir mehr Familienernährerinnen, weil Frauen heutzutage besser ausgebildet und in qualifizierter Erwerbstätigkeit sind. Dann gibt es Frauen, die unfreiwillig zur Familienernährerin werden, weil der Partner arbeitslos oder erwerbsunfähig wird oder unter Umständen auch in Rente geht. Und dann gibt es die wachsende Zahl an Frauen, die als Alleinerziehende Familienernährerin sind.

ver.di publik: *Sind sie mit männlichen Familienernährern vergleichbar?*

Klammer: Frauen haben es sehr viel schwerer, ihre Familie zu ernähren als Männer in der Ernährerposition. Viele Frauen, die in diese Position gekommen sind, haben nicht so hohe Einkommen. Hinzu kommen Rollenmuster. Wenn Frauen die Familienernährerposition haben, heißt das noch lange nicht, dass der männliche Partner - wenn sie denn einen haben - entsprechend Haus- und Familienarbeit übernimmt. Da ist die Männlichkeit verletzt. Die Männer sind aus ihrer beruflichen Orientierung herausgeworfen worden und übernehmen deswegen nicht unbedingt begeistert andere Aufgaben. Sie versuchen eher, wieder in den Arbeitsmarkt zu kommen.

ver.di publik: *Ist die Gesellschaft überhaupt darauf eingestellt, dass immer mehr Frauen die Rolle der Familienernährerin übernehmen?*

Klammer: Die Gesellschaft hat diesen Wandel, der zumindest einen Teil der Erwerbshaushalte betrifft, nicht richtig nachvollzogen. Die Rahmenbedingungen motivieren dazu, nach dem männlichen Ernährermodell zu leben. Frauen verlieren oft durch jahrelange Ausstiege aus der Erwerbsarbeit oder Teilzeitarbeit einen Teil ihrer Qualifikation. Sie sind mit niedrigeren Lohnniveaus konfrontiert.

ver.di publik: *Wie kann man dem vorhandenen Lohnunterschied von 23 Prozent begegnen?*

Klammer: Dem Entgeltunterschied muss man einerseits durch geschlechtergerechte Arbeitsplatzbewertung begegnen. Die Sozialpartner inklusive der Gewerkschaften müssen sich stärker um Lohnstrukturfragen kümmern. Und außerdem gibt es in Deutschland einen großen Niedriglohnsektor, gekoppelt mit Minijobs und kleineren Beschäftigungsverhältnissen. Da ziehen die Tarifverträge gar nicht mehr. Da muss man an die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen heran. In anderen Ländern haben Mindestlöhne dazu geführt, dass der Lohnabstand ein Stückchen weit verringert werden konnte.

ver.d i publik: *Könnte eine Quote helfen?*

Klammer: In kaum einem Land gelingt es Frauen so wenig, in Führungspositionen zu kommen, wie in Deutschland...

... Wenn erstmal ein gewisser Mindestanteil von Frauen in Führungspositionen oder bestimmten Gremien angekommen ist, werden typisch weibliche Karriere-wege, berufliche und private Entwicklungen vielleicht anders ewertet.

... das wird sicher auch andere Frauen und zum Teil auch Familienernährerinnen begünstigen.

ver.di publik: *Kann man die Arbeitswelt in schlecht bezahlte Frauenjobs und besser bezahlte Männerjobs mit Aufstiegschancen aufteilen?*

Klammer: So ein Schwarz-Weiß-Bild ist auf keinen Fall mehr zutreffend. Wir sehen, dass sich die Gruppe der Familienernährerinnen ganz stark aufspaltet. Zum Teil kommen zum Niedriglohn auch fehlende Entwicklungschancen. Wir haben aber auch Muster gefunden, wo Frauen unfreiwillig in die Rolle der Familienernährerin gekommen sind und diese Situation zur beruflichen Entwicklung genutzt haben. Wir sehen auch Frauen auf dem Karriereweg, die zwar immer noch schwerer als Männer an die Spitze kommen, aber durchaus ihre berufliche Qualifikation gut verwerten können. Letzteres geschieht aber häufig unter Verzicht auf eine Familie, mit überlangen Arbeitszeiten oder einer Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit. Das Auftauchen der Familienernährerin ist häufig ein Ausdruck der verunsicherten Erwerbsbiografien von Männern. Es ist ja nicht mehr immer so, als hätten Männer nur gute Erwerbschancen.

ver.d i publik: *Im Gutachten zum ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung schreibt die Sachverständigenkommission, deren Vorsitzende Sie sind, dass „eine konsistente Gleichstellungspolitik über den Lebensverlauf“ notwendig ist. Sehen Sie dafür aktuell Bereitschaft in Politik und Gesellschaft?*

Klammer: Wir hoffen, dass zumindest das Bewusstsein dafür geschaffen wird, wie widersprüchlich unsere Rollenleitbilder und ihr institutioneller Rahmen sind. Beide Partner starten mit gleichen Bedingungen, und nach einigen Jahren hat man eine ganz starke Retraditionalisierung. Sie ist ganz erheblich durch institutionelle Rahmenbedingungen wie Lohnfindung, Karriereentwicklung oder Kinderbetreuung geprägt. Dann kommt ein Ereignis wie Scheidung, Arbeitslosigkeit oder Erwerbsunfähigkeit des Mannes. Plötzlich müssen nach dem Sozialgesetzbuch II alle Mitglieder einer Erwerbsgemeinschaft voll umfänglich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Da sind die Qualifikationen der Frauen längst verloren gegangen. Frauen werden zu hoher Bildung ermutigt, aber dann wird alles getan, damit sie nicht am Arbeitsmarkt aktiv werden. Das ist nicht nur ein Problem der individuellen Gerechtigkeit, sondern ein gesellschaftliches Problem. Das können wir uns im Fachkräftemangel, im demografischen Wandel nicht mehr leisten. Es ist eine Frage der Innovationsfähigkeit der Gesellschaft, dass man dieses Problem angeht.



„We want Sex“ - Gute Arbeit hat ihren Preis

Schwitzend und über ihre ratternden Nähmaschinen gebeugt, schufteten die Arbeiterinnen im Akkord in einer stickigen Fabrikhalle im industriellen Herzen Europas bei Ford in Essex in England. Als das stocksteife Management die Arbeit der jungen Mutter Rita O'Grady als unqualifiziert abtut, platzt den Frauen der Kragen. Sie streiken in Minirock und mit peppigem Soundtrack der sechziger Jahre. Für gleichen Lohn und mit Erfolg. Ihr Aufstand führt in Großbritannien letztlich zu dem „Equal Pay Act“ von 1970, der zu einem weltweiten Signal wird.

Regisseur Nigel Cole und sein Schauspielerinnen-Team - Sally Hawkins, Miranda Richardson, Rosamunde Pike - liefert mit der britischen Sozialkomödie einen Beitrag zu einer lebendigen und detailgetreuen Milieu- und Geschichtsstunde in Sachen globaler Gerechtigkeit. Spielt zur Zeit in vielen Kinos

Das muss in die Tüte:

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit schafft Gerechtigkeit

Schon vor 100 Jahren haben Gewerkschafts-Frauen begonnen, für gleichen Lohn, den Zugang zu Berufen und die Möglichkeit zu Erwerbstätigkeit zu kämpfen. Leider ist dieser Kampf noch immer nicht abgeschlossen. Deswegen setzt sich auch ver.di, die Gewerkschaft, in der sich mehr Frauen organisieren als Männer, besonders für die spezifischen Belange von Frauen in der Arbeitswelt ein...

Lohnunterschied: 23 Prozent!

Von Zuständen vor 100 Jahren sind wir heute zum Glück weit entfernt. Dennoch ist das Problem ungleicher Bezahlung keineswegs gelöst. Wir begehen im März wieder einen »Equal-Pay-Day«, also den »Lohngleichheitstag«. In 2011 ist es der 25. März, bis zu dem Frauen arbeiten müssen, um den gleichen Betrag zu ver-

dienen wie Männer im Vorjahr. Der durchschnittliche Lohnunterschied von Frauen liegt bei 23 Prozent. Deutschland liegt damit europaweit - der EU-Durchschnitt liegt bei 17,4 Prozent (Eurostat 2008) - im hinteren Drittel.

Dafür verantwortlich sind vor allem die institutionellen und politischen Rahmenbedingungen, die wir verändern müssen, sowie die Praxis von Einstellung und Lohnfindung in den Betrieben. Vom gesellschaftlichen Rollenmodell des männlichen Familienernährers und der weiblichen Zuverdienerin, der entsprechenden Ausgestaltung des Steuer- und Sozialsystems gehen Fehlanreize für die Erwerbsbeteiligung von Frauen und damit für ihr Einkommen aus.

Mittelbare Diskriminierung

Die geschlechtshierarchische Spaltung des Arbeitsmarktes ist eine bekannte Ausprägung davon. Ein eklatanter Mangel an Kinderbetreuungseinrichtungen führt zu fehlender Vereinbarkeit von Beruf und Familie und der zu hohen Teilzeitquote bei Frauen. Wir finden in Betrieben und in der Politik ein mangelndes Problemverständnis vor. Geschlechtsspezifische Entgeltungleichheiten werden häufig tabuisiert. Auch bei Gerichten wird vor allem über das Prinzip des gleichen Entgelts für gleichwertige Arbeit nicht zukunftsorientiert gesprochen und geurteilt. Vielfach wird mittelbare Diskriminierung nicht als Problem wahrgenommen. Und selbst wenn das Problem erkannt ist: Welche Frau/welcher Mann klagt schon gerne gegen den eigenen Arbeitgeber?

Um unsere Forderungen für Entgeltgleichheit umzusetzen, brauchen wir daher eine politische Gesamtstrategie zur Förderung der geschlechtsspezifischen Entgeltgleichheit, die an allen Ursachen in individueller, institutioneller und betrieblicher Hinsicht ansetzt. Dazu gehören unter anderem die Förderung und flächendeckende Verankerung eines EU-rechtkonformen Lohnmessinstrumentes wie der EG-Check, ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, ein Entgeltgleichheitsgesetz, das alle Akteure zur Beseitigung von Diskriminierungen in Entgeltfragen verpflichtet, ein eigenständiges (erweitertes) Verbandsklagerecht für Gewerkschaften, die explizite Verankerung des Grundsatzes der gleichen Bezahlung bei gleicher und gleichwertiger Arbeit im AGG (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz), die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen durch eine ausreichende Infrastruktur sowie geeignete arbeitszeitliche Rahmenbedingungen sowie die Abschaffung des Ehegattensplittings im Steuerrecht.

5: Modell für diskriminierungsfreie Eingruppierung

Zu Entgeltgleichheit und diskriminierungsfreier Bezahlung gehören die Zielfelder »gleiche Arbeit«, also der konkrete Vergleich zweier Arbeitsplätze mit gleichen Anforderungen, sowie »gleichwertige Arbeit«, der Vergleich von unterschiedlichen Arbeitsplätzen oder unterschiedlichen Branchen, ver.di ist aktiv für Entgeltgleichheit. Seit der ver.di-Gründung hat sich die Frauen- und Gleichstellungspolitik - auch mit quotierten Tarifkommissionen - umfassend in die Tarif-

politik eingebracht. Wir fördern Best Practice (Erfolgsmethoden), zum Beispiel in Pilotprojekten in unseren Fachbereichen. Damit werden - auch unter Beteiligung der Arbeitgeber - bestehende Tarifverträge analysiert und diskriminierungsfreie Eingruppierungsregelungen entwickelt. Wir haben ein ver.di-Modell für ein neues, diskriminierungsfreies Eingruppierungssystem für den öffentlichen Dienst entwickelt, ver.di kämpft darüber hinaus für einen gesetzlichen Mindestlohn, denn Frauen - zum Beispiel Arzthelferin, Call-Center-Agentin, Floristin - sind mit 70 Prozent überdurchschnittlich häufig von Dumpinglöhnen betroffen.

- Aus Disput, Margret Mönning-Raane, stellvertretende Vorsitzende von ver.di Februar 2011, leicht gekürzt

Minijobs abschaffen

Bei ihrer Sitzung Ende November hat die Mitgliederversammlung des deutschen Frauenrates das Positionspapier „Minijobs - Wege in die Armut. Kann sich unsere Gesellschaft Minijobs leisten?“ verabschiedet. Darin wird die Einführung einer Sozialversicherungspflicht vom ersten Euro an gefordert. Dem Deutschen Frauenrat gehören fast 100 verschiedene Frauenverbände an.

- ver.di PUBLIK 12/1, <http://frauen.verdi.de/-iGw>



Diese und weitere Flyer gibt es bei Cornelia Möhring, DIE LINKE Schleswig-Holstein Landesgeschäftsstelle, Sophienblatt 19, 241 03 Kiel, Tel 04 31 - 73 77 01, - cornelia.moehring@wk2.bundestag.de

Krankheit - Haushalt - Pflege

Hast du wenig, zahlst du viel

Neuordnung der Krankenversicherung geht besonders auf Kosten von Frauen

Jetzt ist es beschlossene Sache. Ab 2011 wird die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung neu geregelt. Die Bundesregierungbürdet den Versicherten Kostensteigerungen zukünftig allein auf - in Form von Zusatzbeiträgen. Die Beiträge der Arbeitgeber zur Krankenversicherung bleiben unangetastet. Bereits bei den 2004 und 2007 in Kraft getretenen Reformen waren Frauen in besonderer Weise Leidtragende dieser unsolidarischen Politik. Durch die massive Ausweitung der Zusatzbeiträge wird diese negative Entwicklung jetzt noch verstärkt.

Frauen haben schlicht und einfach weniger Geld in der Tasche als Männer. Falls sie überhaupt einen Job finden, arbeiten sie oft in Teilzeit und im Niedriglohnbereich. Bei durchschnittlich einem Viertel weniger Gehalt als ihre Kollegen sind auch ihre Rentenansprüche im Alter entsprechend gering. Eigene Zuzahlungen belasten sie daher mehr: Das gilt für die Praxisgebühr sowie sämtliche Zuzahlungen für Klinikaufenthalte, Medikamente, Heil- und Hilfsmittel, usw.

Zudem müssen sie für solche Zuzahlungen besonders tief in die Tasche greifen. Laut dem Arzneimittelreport 2010 der Barmer GEK müssen weibliche Versicherte in fast allen Altersgruppen mehr Geld für die ihnen verschriebenen Medikamente ausgeben als männliche. Nach Einschätzung des Bremer Uni-Professors Gerd Glaeske werden bei Frauen »biografische Stationen zu Krankheiten umdefiniert«. Ein besonders kritikwürdiges Beispiel ist die Verordnung von Hormonpräparaten in oder nach den Wechseljahren. Wen wundert es da, dass mehr als ein Drittel aller »Individueller Gesundheitsleistungen«, also Leistungen, die von den Patientinnen und Patienten komplett selbst bezahlt werden müssen, in der Gynäkologie verkauft werden. Dabei handelt es sich überwiegend um Ultraschalluntersuchungen sowie ergänzende Krebsfrüherkennung.

Nach geltendem Recht hätte es jedoch keine dieser Verschlechterungen für Frauen geben dürfen. So ist auch die Bundesregierung verpflichtet, bei jeder Reform zu überprüfen, wie sie sich auf die Gleichstellung von Frauen und Männern auswirkt. Dazu gehört auch, dass dem Anschein nach neutrale Vorschriften Frauen nicht in besonderer Weise benachteiligen dürfen. Jedoch im jetzt beschlossenen Gesetzentwurf der Regierungskoalition heißt es lapidar: »Auswirkungen von gleichstellungspolitischer Bedeutung sind nicht zu erwarten, da keine Regelungen getroffen werden, die sich spezifisch auf die Lebenssituation von Frauen und Männern auswirken.« Aus Sicht von Frauen ist eine solidarische Finanzierung der Gesundheitsversorgung daher dringender denn je.

- Aus Querblick 4/10, Jutta Kühl

Belastende Arbeit bis zur eigenen Pflegebedürftigkeit

Nicht allein essen, sich nicht allein bewegen können. Gedanken gehen verloren, die Verbindung zum Umfeld manchmal auch. Gepflegt zu werden ist für die Betroffenen oft unangenehm. Für die Pflegenden in der Familie aber auch. Viele Angehörige verausgaben sich und sind erschöpft. Nicht selten sind sie überfordert und gefährden ungewollt auch diejenigen, denen sie helfen wollen.

In Deutschland sind über zwei Millionen Menschen auf Pflege angewiesen. Mehr als zwei Drittel werden zu Hause versorgt. Der größte Teil allein von ihren Angehörigen - dabei überwiegend von Frauen. Pflegebedürftige brauchen häufig über Jahre und rund um die Uhr Betreuung.

- Auszug aus querblick 4/10, Melanie Wehrheim und Daniel Fuchs

Frauenbild wie zu Kohls schwärzesten Zeiten

Neues Familien-Pflegezeit-Konzept geht an der Lebensrealität vorbei

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder fand schon in ihrer Jugendzeit konservative Lebensläufe motivierend: In ihrem Zimmer prangte ein Porträt vom damaligen Kanzler Helmut Kohl. Dessen Weltbild von der Rolle der Frau scheint die Ministerin übernommen zu haben. Sie verteufelt den Feminismus, um sich als konservative Hardlinerin zu präsentieren... "Zeit ist die Leitwährung moderner Familienpolitik" erklärt die Bundesfamilienministerin und verdeutlicht damit, dass Pflegebedürftige auch künftig vorzugsweise durch Angehörige zu Hause gepflegt werden sollen. Das trifft insbesondere Frauen. Wie zu Kohls Zeiten vor fast 30 Jahren.

Im „Familienpflegezeitkonzept“ soll für pflegende Angehörige die Arbeitszeit (für zwei Jahre) zur Hälfte reduziert werden. Das Gehalt wird in dieser Zeit auf 75 Prozent herabgesetzt. Die Differenz soll bei Wiederaufnahme der vollen Berufstätigkeit abbezahlt oder durch bestehende Arbeitszeitkonten erbracht werden. Nur muss Frau sich das erst einmal leisten können. Frauen arbeiten überwiegend in Teilzeit und verdienen tendenziell weniger. Für viele ist die Inanspruchnahme dieser Pflegezeit deshalb existenzbedrohend.

Die Dauer der Pflegebedürftigkeit alter Menschen wird mit bis zu acht Jahren angegeben. Die Vorschläge greifen deshalb viel

zu kurz und würden Frauen nach zwei Jahren zur Aufgabe ihrer Arbeitsverhältnisse zwingen. Es ist absurd zu glauben, dass dann Ehemänner, Söhne und Schwiegersöhne mit oft besserem Einkommen die Pflege und Betreuung der Angehörigen übernehmen.

DIE LINKE hat ein Pflegezeitkonzept entwickelt, welches einer modernen Geschlechterpolitik gerecht wird. Ziel ist eine sechswöchige bezahlte Pflegezeit für Erwerbstätige, die der Organisation der Pflege und der ersten pflegerischen Versorgung von Angehörigen dient. Beschäftigte erhalten beitragsfinanzierte Lohnersatzleistungen, die den Lohn in Höhe des Arbeitslohngelds I bei vollem Kündigungsschutz ersetzen...

Indem gleichzeitig die Leistungen der Pflegeversicherung deutlich angehoben werden, können pflegebedürftige Menschen in größerem Maße auf professionelle Pflege zurückgreifen. Angehörige werden deutlich entlastet und können weiter erwerbstätig bleiben. Damit Berufe in dieser Branche attraktiver werden, muss diese Arbeit gesellschaftlich aufgewertet und eine schwere Tätigkeit endlich anerkannt werden.

- Aus querblick 4/10, Kathrin Senger-Schäfer, MdB, Pflegepolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE

Gesetzlicher Mindestlohn für Hausangestellte

Schweiz. Mindestens 18,20 Franken (ca. 14 Euro) pro Stunde sollen Hausangestellte künftig verdienen. Für Angestellte mit Berufserfahrung geht der Ansatz bis zu 22 Franken. Mit dem Normalarbeitsvertrag für die Branche hat der Bundesrat erstmals einen Mindestlohn festgelegt. Dies ist nur unter Bedingungen möglich, etwa dass innerhalb einer Branche die orts- und branchenüblichen Löhne wiederholt in missbräuchlicher Weise unterboten wurden. In der Hauswirtschaft ist dies oft der Fall, wie eine Studie der Drei-Parteien-Kommission des Bundes gezeigt hat.

Auch die Kantone beobachten, dass immer mehr Personen aus Tieflohnländern aus der Dritten Welt aber auch aus den neuen EU-Mitgliedstaaten und in privaten Haushalten angestellt werden. Darum beantragte die Drei-Parteien-Kommission im Bundesrat schon vor knapp zwei Jahren den Erlass eines Mindestlohnes in der Hauswirtschaft. Diesem Ersuchen ist die Regierung nun nachgekommen. Der Normalarbeitsvertrag enthält drei verschiedene Ansätze: Für ungelernte Angestellte ohne Berufserfahrung beträgt der Mindestlohn 18,20 Franken pro Stunde, für ungelernte Angestellte mit über vier Jahren Berufserfahrung 20 Franken und für gelernte (meist schweizerische) Hausangestellte mit einer dreijährigen beruflichen Grundbildung 22 Franken. Der Mindestlohn gilt allerdings nur für angestellte in privaten Haushalten. Heime, Pensionen, Anstalten oder Spitäler sind davon nicht erfasst. Aber immerhin - ein richtiger erster Schritt!

- Aus Politische Berichte 12/10

Dienste im Privathaushalt: Global und „schwarz“

Was früher weibliche Familienmitglieder machten, kann jetzt zu einem Bruchteil des eigenen Einkommens von ausländischen Dienstleisterinnen erledigt werden. Anders als in Heimen mit überlastetem Personal ist so eine engagierte Betreuung rund um die Uhr möglich. Männern wird dank dieser billigen Hilfe auch die Beteiligung an Haushaltspflichten erspart - vielleicht ein Rückschritt auf dem Weg zu einem ausgewogenen Verhältnis der Geschlechter!

Nach Schätzungen sind in 7,6 % der deutschen Privathaushalte regelmäßig Hilfen für Putzarbeit, Kinderbetreuung und Altenpflege tätig. Das macht offiziell 2,9 Millionen Arbeitsverhältnisse und inoffiziell sicher eher vier Millionen. Es gibt im deutschen Haushaltsbereich aber nur 40.000 sozialversicherte Stellen, so dass der überwiegende Teil der Tätigkeiten durch „schwarz“ arbeitende Menschen erledigt wird.

Menschen mit einer meist guten Ausbildung verlassen für diese Jobs ihre Heimat (vor allem aus Osteuropa, Asien und Afrika), ihre eigenen Kinder müssen sie zu Hause lassen (manchmal wechseln sich zwei Frauen dabei gegenseitig ab), um ihnen mit Hilfe ihres „guten“ Verdienstes für später eine bessere Ausbildung und Zukunft zu sichern. Dieser Geldtransfer macht für die Philippinen inzwischen ein Drittel des Nationaleinkommens aus.

- aus dem Katalog Globalisierung 2.0
siehe auch Foto auf Seite 2

Abschiebung und Gewalt

Das deutsche Mutteridyll - nicht für Asylanten Brutale Abschiebung einer Mutter mit Kind

Die gewaltsame Abschiebung der alleinerziehenden Mutter Houda Adnan Ahmed mit ihrem behinderten Kind am 13. Juli des vergangenen Jahres brachte auch in der Presse große Empörung hervor. Das führte immerhin am 25. August zu einer heftigen Debatte im Kieler Landtag.

Für den Innenausschuss, sagte Justizminister Emil Schmalfluss aus, man habe sich in keiner Weise etwas vorzuwerfen, Rechtlich sei die Abschiebung im Schengener Durchführungsabkommen

- Schengen II - begründet. Das sehe vor, dass ein Asylverfahren nur in einem Land durchgeführt werde, hier Schweden, und dann Asylanträge im zweiten Land nicht bearbeitet würden, sondern die Betroffenen innerhalb von sechs Monaten zurückgeschoben würden.

Wir geben hier in Auszügen die Darstellung der Mutter wieder. Danach standen plötzlich sechs Personen vor der Tür - einer im weißen Anzug, der war Arzt, ein Sanitäter, zwei Polizisten in Zivil und zwei Polizisten in Uniform. Drei Personen haben sie direkt festgehalten, nachdem sie aufgefordert wurde mitzuwirken, da sie Deutschland verlassen müsse.

„Ich habe sie angefleht, dies zu verschieben, da ich am nächsten Tag eine Untersuchung mit meiner Tochter Tabarek im Krankenhaus hatte. Erklärungen wollten sie nicht hören. Begründung: Das kann in Schweden gemacht werden... Sie haben nicht reagiert und haben meine Tochter mit dem Rollstuhl einfach mitgenommen... Ich hatte nur ein einfaches T-Shirt und eine Schlafhose und Badelatschen an. Da fing ich an zu weinen und zu schreien. Ich hab sie aufgefordert meine Tochter zurückzugeben und habe geschrien. Dann wurde ich von mehreren Personen auf den Boden geworfen und mit Füßen auf meinen Rücken und meinen Kopf gedrückt. Ich wurde mit Metallhandschellen hinter meinem Rücken gefesselt und festgenommen...“

Dann wurde ich so wie ich war nach



unten in das Auto gezerrt. Ich bat sie mehrmals darum, zu meiner Tochter gelassen zu werden, die im Krankenwagen war. Ich habe sie von außen gesehen, sie lag wie ein Brett, steif und starr im Krankenwagen und hat mich gehört. Sie hat ebenfalls laut geschrien und geweint.“

Die Mutter wurde nicht in den Krankenwagen gelassen... „Während der Fahrt habe ich die Polizisten angefleht, nur kurz meine Tochter zu sehen. Dies wurde erneut abgelehnt. Stattdessen wurde mir eine Zigarette angeboten, die ich abgelehnt habe.“ Dann hielten sie an und sie sah, wie ihre Tochter im Krankenwagen vom Arzt untersucht wurde... Der Arzt hat die Polizisten überzeugt, die Frau in den Krankenwagen zu lassen, gefesselt. Die Tochter wurde nur auf ihren Schoß gelegt, sie hielt sie mit den Beinen und Füßen fest. „Ihr Kuschtier gab ich ihr mit meinem Mund und hielt es auch so fest.“ Der Arzt riss dann die Plastikbänder ab.

...Houda und ihr behindertes Kind wurden dann auf ein Schiff nach Schweden gebracht, ständig von zwei Beamten bewacht.. „Um 8 Uhr morgens bin ich in Schweden angekommen... Als wir vom Schiff runter wollten, hat meine Tochter sehr geschrien, und sie hatte starke Schmerzen. Ich bekam Schmerzäpfchen vom Arzt für Tabarek. Das Bein oder der Fuß, war gebrochen.“

- Auszüge aus Gegenwind Okt. 2010

Wie in diesem Land mit Flüchtlingen umgegangen wird

Die Fraktion DIE LINKE verurteilte die Abschiebung der Asylantin Hopuda mit ihrem kranken Kind. „Es kann nicht sein, dass die Frau in einer Nacht und Nebel-Aktion mit ihrem mehrfach behinderten Kind aus ihrem Bett geholt wird, um ohne vorherige Ankündigung nach Schweden abgeschoben zu werden. Die Polizei wusste offenbar noch nicht einmal, dass das Kind dringend Medikamente braucht. So etwas nenne ich menschenverachtend.“

- Antje Jansen, 20.7.2010

Geld streichen - Gewalt belassen ?

Zum „Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen“

Kiel. Die Fraktion DIE LINKE im Schleswig-Holsteinischen Landtag fordert erneut verstärktes Engagement gegen Gewalt an Frauen.

„Wir, die Fraktion DIE LINKE, verurteilen scharf jegliche Gewalt an Frauen und fordern einen Schutzschirm für die Opfer von Gewalt. Menschenrechtsverletzungen an Frauen, wie häusliche Gewalt an Frauen und ihren Kindern, Frauenhandel und Zwangsprostitution sind mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu unterbinden.“ Zu 90 Prozent sind die Leidtragenden von häuslicher Gewalt Frauen und ihre Kinder. Dabei erstreckt sich Gewalt gegen Frauen und Kinder auf alle sozialen Schichten. Die Weltgesundheitsorganisation bezeichnet Gewalt gegen Frauen als eines der größten Gesundheitsrisiken weltweit.

„Leider scheinen diese Frauen in den Reihen der Schleswig-Holsteinischen Übergangsregierung so gut wie keine Lobby zu haben. Solidarität hat in den schwarz-gelben Reihen angesichts der momentanen Kürzungs- und Streichungspläne insbesondere von Frauenberatungsstellen und Frauenhäusern keinerlei Bedeutung. Schwarz-Gelb bezieht sich vor allem auf frauenpolitische Bereiche und zerschlägt so mühsam erkämpfte, komplexe und bewährte Strukturen, die auch Frauen auffangen sollen, denen psychische wie physische Gewalt angetan wurde...“

- Landtagsfraktion DIE LINKE, 25.11.2010



1000 Friedensfrauen für den Nobelpreis

Die Idee entstand im Jahr 2004 in der Schweiz, im darauffolgenden Jahr eine große Anzahl von Frauen aus aller Welt - stellvertretend für hunderttausende Friedensaktivistinnen - für den Friedensnobelpreis zu nominieren, damit ihre meist unsichtbare Arbeit für menschliche Sicherheit und Gerechtigkeit gewürdigt würde.

Im Jahr 2009 hat die Bundestagsfraktion DIE LINKE diesen Vorschlag aufgegriffen (siehe Foto oben) und beim Nobelpreiskomitee in Oslo ein weiteres Mal die 1000 Friedensfrauen nominiert. Erhalten hat ihn Barack Obama. Dabei wären die 1000 Friedensfrauen eine bessere Wahl gewesen. Das gilt auch heute noch. Um nur ein paar Beispiele zu nennen:

- Mit Hilfe von **Ester Kuku Rahal** aus den Nuba-Bergen im Sudan haben Frauen sich selber Lesen und Schreiben beigebracht, und sie vertritt deren Belange auch im sudanesischen Parlament.

- **Nabila Espanioly** (auf dem Foto oben ganz rechts bei einem Besuch der Fraktion DIE LINKEN) als Palästinenserin in Israel geboren, hat sich seit langem für die Rechte der Palästinenser dort eingesetzt. Ihr Motto: „Lass dich nicht zum Opfer machen! Nutze deine Stärke!“

- Aus *querblick 3/10*, Gesine Löttsch, Fraktion DIE LINKE

PS: Auch 2010 ging der Nobelpreis nicht an diese tapferen Frauen an der Basis, sondern an Liu Xiaobo aus China. Der konnte wie auch Obama eigentlich keinerlei Friedensaktivitäten vorzeigen, sondern nur Umsturzpläne nach westlichem Muster fordern: Förderalismus, Privatisierungen und eine Wirtschaft nach westlichem kapitalistischen Muster.

- Edda Lechner

Gegen Militarisierung

Gegen Militarisierung des Lebens

Internationales Frauentreffen in Kolumbien appelliert an europäische Länder

Die Waffen müssen schweigen, damit wir Frauen sprechen können« und »Mein Körper ist mein Haus, mein Haus ist mein Territorium. Gib nicht die Schlüssel aus der Hand« sind zwei der Botschaften, die beim »Internationalen Treffen von Frauen und Völkern Lateinamerikas gegen Militarisierung«, das im August 2010 in Kolumbien stattfand, die Diskussion bestimmten.

Mehr als 1000 Frauen aus verschiedenen sozialen und politischen Organisationen Lateinamerikas, der USA und Europas diskutierten Strategien und Aktionsmöglichkeiten gegen die Militarisierung und Präsenz ausländischer Truppen in ihrem Land. Das Treffen fand zu einem wichtigen Zeitpunkt statt. Der Putsch in Honduras, Haitis militärische Besetzung, die Einrichtung von Militärbasen in Kolumbien und Panama sind nur einige Beispiele der fortschreitenden US-Einflussnahme in der Region.

Immer mehr Opfer sexualisierte Gewalt

Das Gastgeberland konnte nicht besser gewählt sein: Kolumbien, das 2009 ein Sicherheitsabkommen mit den USA unterschrieben hat, in dem auch die Bereitstellung von Militärbasen festgeschrieben ist. In Kolumbien führen US-Truppen mit der Armee und mit Paramilitärs seit 40 Jahren unter dem Vorwand der Drogenbekämpfung einen Kampf gegen sozialen Protest und Widerstand, der sich gegen Umweltzerstörung und Ausbeutung der Rohstoffe richtet. Die Folgen sind gewaltsame Vertreibung, massive Menschenrechtsverletzungen und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen. Frauen sind am häufigsten Opfer dieser Entwicklung, weil mit der Militärpräsenz in der Region Sexismus, Prostitution und sexualisierte Gewalt zunehmen. In manchen Konfliktzonen Kolum-

biens ist jede dritte Frau von sexualisierter Gewalt betroffen.

Hinzu kommt: Mehr als vier Millionen Binnenvertriebene müssen sich in den Armenvierteln der großen Städte Kolumbiens durchschlagen. Immer mehr Familien leben auf der Straße. Und auch hier müssen vor allem Frauen die Hauptlasten tragen.

Einige Frauendelegationen aus Europa und den USA begleiteten deshalb im Rahmen des internationalen Treffens kolumbianische Aktivistinnen in Konfliktregionen, z.B. nach Cauca, Choco, Antioquia, Magdalena Medio. Dort konnten sie direkt erfahren, wie sich der Konflikt auf das tägliche Leben auswirkt und wie stark bedroht viele der mutigen kolumbianischen Frauen sind.

Frauen fordern Ende der Militarisierung

So zum Beispiel eine der Organisatorinnen, Yolanda Becerra, Direktorin der Organisation Femenina Populär in Barrancabermeja. Zwei ihrer Vorgängerinnen wurden ermordet. Sie selbst erhält ständig Todesdrohungen von paramilitärischen Gruppen. Als zwei Männer ihr in ihrer Wohnung eine Waffe an den Kopf hielten, musste sie binnen 48 Stunden den Ort verlassen. Femenina Populär hilft Frauen, der Prostitution zu entfliehen, und kümmert sich um viele gestrandete Familien, die aus erdölreichen Regionen vertrieben wurden.

Oder Lilia Solano von der Organisation Gerechtigkeit und Leben, die erfolgreich eine rechtliche Überprüfung der Bereitstellung der Militärbasen für US-Truppen initiiert und erst vor ein paar Wochen ein Attentat in Bogota überlebt hat.

In ihrem Abschlussdokument fordern die Frauen ein Ende der Militarisierung ihres Lebens, wenden sich gegen die Instrumentalisierung von Frauen als Kriegsbeute und appellieren an die europäischen Länder, weiterhin Solidarität zu üben.

- aus *Querblick 3/10*
Heike Hansel,
Sprecherin für Entwicklungspolitik
der Fraktion DIE LINKE im Bundestag,

Adressen - Termine - Aktionen



verbessert oder die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft gefördert hat.

Foto: Clara Zetkin, Wien, 22. 4. 1908

Empörung über die Zerstörung der Mädchentreffs

In der Debatte im Kieler Landtag vom 23.2.11 ist nun endgültig mit einer Stimme Mehrheit entschieden worden, dass Frauenfacheinrichtungen und Mädchentreffs nicht weiter gefördert werden. Erhalten bleiben nur die zwei Frauenhäuser in Schwarzenbek und Ahrensburg.

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Antje Jansen, empörte sich in einer Rede vor dem Landtag über die beschlossene Streichung von 145.000 Euro aus den von Landesmitteln.

„Wenn Ihnen die Mädchentreffs am Herzen liegen, warum tun Sie dann nichts für deren Erhalt? Warum wurden nicht wenigstens Übergangsregelungen, Übergangsvereinbarungen getroffen? Warum unterstützen Sie die Mädchentreffs nicht wenigstens dabei, die nötigen Gespräche mit den Kommunen zu führen? Warum unterstützen Sie die Mädchentreffs nicht wenigstens dabei, die nötigen Verhandlungen zu führen? Nichts davon tun Sie und zwar, weil sie es nicht wollen. Es ist offensichtlich ihr politischer Wille, hocheffektive und nachhaltige geschlechterspezifische Jugendarbeit zu blockieren. Es ist ihr politischer Wille, die gesellschaftliche Teilhabe von Mädchen zu erschweren und junge Frauen nicht zu fördern.“

Sie haben den Mädchentreffs mit ihrem Vorgehen nicht einmal die Möglichkeit eingeräumt, selbständig nach alternativen Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen. Sie haben nicht an Übergangsregeln gedacht. Sie haben sie nicht gewollt! Und das nach 20 Jahren, die Sie Mädchentreffs finanziert haben!

Hören Sie jetzt endlich auf, den Frauen dieses Landes Steine in den Weg zu legen und Mädchen in diesem Land zum Opfer ihrer unsozialen, frauenfeindlichen Politik zu machen!

- PE Fraktion DIE LINKE, 23.2.11

Leistungen von Frauen würdigen

Die LINKE vergibt erstmals

am 12. März 2011 in Berlin

einen Frauenpreis, um herausragende Leistungen von Frauen in Gesellschaft und Politik zu würdigen. Mit dem nach der Frauenrechtlerin Clara Zetkin benannten Preis wird eine Einzelperson oder Vertreterin einer Frauenorganisation geehrt, die durch ihren persönlichen Einsatz die Lebensbedingungen von Frauen

Veranstaltung

zum 140. Geburtstag von Rosa Luxemburg und zum 100. Internationalen Frauentag

am Freitag, 4. März 2011, 16 Uhr

im Kasino im Landtag in Kiel

Düsternbrooker Weg 70

„Mensch sein“ - Frauen aus verschiedenen Ländern werden in ihrer Muttersprache Zitate und ihre eigenen Gedanken zum Alltag in Schleswig-Holstein vortragen.

Als Gäste sind dabei: LINKE frauenpolitische Sprecherinnen, die ehemalige Staatssekretärin Ursula Müller, die Landessprecherin der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten Marion Gurliit, die Poeten Bente Varlmann und Björn Högsdal und die Grafikerin Silke Staben.

Aus Anlass des Internationalen Frauentages lädt der Kreisverband Herzogtum Lauenburg der Partei DIE LINKE alle Frauen herzlich ein, gemeinsam zu feiern und zu diskutieren.

Veranstaltung

am Donnerstag, 3. März, 19 Uhr

im Restaurant „Ponte Vecchio“,

Büchener Weg 9 in Lauenburg

Zu Gast: Cornelia Möhring

MdB für DIE LINKE SH

und Frauenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag

Vom 9. bis zum 11. März 2011 - Frauen nach Berlin

Cornelia Möhring, Bundestagsabgeordnete für Schleswig-Holstein lädt alle Frauen in den Beratungsstellen und Frauenhäusern, Gleichstellungsbeauftragte und interessierte Frauen in Schleswig-Holstein zu einer Reise nach Berlin ein, an der nur Frauen teilnehmen. Es wird eine Stadtführung auf den Spuren der Frauenbewegung geben. außerdem Besuche der Anti-Diskriminierungsstelle des Bundes, der Beratungsstelle Paula Panke und des Frauenministeriums. Natürlich sollen auch aktuelle frauenpolitische Themen diskutiert werden.

Anmeldung bei: Cornelia Möhring, DIE LINKE Schleswig Holstein

Landesgeschäftsstelle, Sophienblatt 19, 241 03 Kiel, Tel 04 31 - 73 77 01

und ihrer Mitarbeiterin Silke Mahrt, e-mail: cornelia.moehring@wk2.bundestag.de

INFO DIE LINKE.
SCHLESWIG-HOLSTEIN

Kiel, 3. März 2011

Online-Zeitung und Printausgabe

Herausgeber: DIE LINKE. SH, Landesrat, 241 03 Kiel, Sophienblatt 19, Tel: 04 31 - 73 77 01; eMail: Zeitung@dielinke-sh.info

Die Redaktion: Daniel Dockerill, Ralf Iden, Karl-Helmut Lechner

Verantwortlich im Sinne des Presserechts (ViSdP): Edda Lechner

Kontakte: Edda Lechner, Tel: 040 - 522 35 67; eMail: Edda.Lechner@wt.net.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.